



Haushalts- und Finanzausschuß

74. Sitzung (nicht öffentlich)

19. August 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.15 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograph: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3972

1. Beratungsdurchgang

1

Zum Nachtragshaushaltsgesetzentwurf ergeben sich keine Wortmeldungen.
Die abschließende Beratung soll am 23. September 1999 stattfinden.

2 Haushaltstechnische Umsetzung der Trennung von Innen- und Justizressort im Haushaltsjahr 1999

Vorlage 12/2825

2

Der Ausschuß nimmt die Vorlage im Rahmen einer kurzen Diskussion zur Kenntnis.

3 Entscheidung der EU-Kommission im Landesbankenverfahren

Information 12/794

3

Finanzminister Heinz Schleußer trägt einen ergänzenden Bericht vor und beantwortet anschließend Fragen aus dem Ausschuß.

4 Landesbürgschaften im 2. Halbjahr 1998

Vorlage 12/2763

-

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

5 Einkommensteuerliche Regelungen für Asta-Referenten

Bericht des Finanzministeriums

7

Staatssekretär Gerlach (FM) nimmt Stellung.

6 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 12/2807

7

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Eine sich ergebende Frage soll schriftlich beantwortet werden.

7 Verschiedenes

a) **Mitteilungen des Ausschußvorsitzenden**

8

b) **Berichterstatter/-innen für den HFA**

8

c) **Einrichtung einer Leerstelle der Besoldungsgruppe B 7 bei Kapitel 11 010 Titel 422 10**

Vorlage 12/2821

8

Die Thematik soll im Unterausschuß "Personal" weiter erörtert werden.

d) **Steuereinnahmeerwartungen**

10

Finanzminister Schleußer nimmt Stellung.

e) **Beteiligungsverkäufe des Landes**

11

Aus der Diskussion

Vorsitzender Volkmar Klein heißt - unter Beifall des Ausschusses - **Johannes Remmel (GRÜNE)**, der von seiner Fraktion sogleich zum Sprecher benannt worden sei, als neues Ausschußmitglied willkommen.

- 1 **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3972

1. Beratungsdurchgang

Vorsitzender Volkmar Klein teilt mit, er habe sich mit den Obleuten des Ausschusses darauf verständigt, den Gesetzentwurf im Haushalts- und Finanzausschuß am 23. September abschließend zu behandeln. Die zweite und die dritte Lesung im Plenum seien vom Ältestenrat für den 29. September 1999 vorgesehen worden, so daß das Anliegen des Haushalts- und Finanzausschusses erreicht worden sei, den Nachtragshaushalt 1999 und den Haushaltsentwurf 2000 nur eine möglichst kurze Zeit parallel zu beraten.

Er habe die Vorsitzenden der Fachausschüsse gebeten, ihre Berichte bis zum 17. September vorzulegen. Die Berichterstattergespräche sollten bis zum 3. September abgeschlossen sein. Deshalb bitte er, im Anschluß an die heutige Sitzung die dazu notwendigen Termine festzulegen.

Zum Nachtragshaushalt ergeben sich aus dem Ausschuß keine Wortmeldungen.

Helmut Diegel (CDU) bittet, bei dieser Gelegenheit eine Erklärung abgeben zu dürfen, die mit den grundsätzlichen Anliegen zum Einzelplan 01 - Landtag - und mit der Diskussion um den Landtagsdirektor im Zusammenhang stehe.

Bedauerlicherweise habe es durch eine Presseerklärung der CDU-Fraktion Irritationen gegeben. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere der Personalrat des Landtags, hätten den Eindruck gewonnen, die CDU-Fraktion habe unterstellt, die Landtagsverwaltung würde nicht ordentlich arbeiten. Er dürfe richtigstellen, daß das nicht das Anliegen der Presse-

erklärung gewesen sei. Es sei auch nicht Absicht der CDU-Fraktion gewesen, Bedienstete zu verunsichern oder womöglich zu diskreditieren.

Vielmehr dürfe er den Bediensteten und dem Personalrat versichern, daß die CDU-Fraktion alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für notwendig halte und niemanden habe kritisieren wollen. Wenn sich jemand durch die Presseerklärung angegriffen oder verletzt gefühlt habe, bitte er das zu entschuldigen.

2 Haushaltstechnische Umsetzung der Trennung von Innen- und Justizressort im Haushaltsjahr 1999

Vorlage 12/2825

Winfried Schittges (CDU) stellt fest, in der Vorlage stecke sicherlich Fleißarbeit. Er habe jedoch selten eine so umfangreiche und dennoch so nichtssagende Vorlage bekommen. Vom Minister wüßte er gerne, ob er nur über die technische Umsetzung oder auch über Inhaltliches berichten könne.

Eine solche Vorlage zu erstellen, sei rechtlich zwingend, erwidert **Finanzminister Heinz Schleußer**. Auch er könnte sich eine Entlastung vorstellen; man müßte dann darüber reden, inwieweit so etwas notwendig sei.

Natürlich habe das alles einen hohen Personalaufwand erfordert. Wenn die CDU-Fraktion Genaueres wissen wolle, sei er bereit, die aufgewendeten Stunden mit Hilfe der Kosten- und Leistungsrechnung nachzuweisen.

Winfried Schittges (CDU) fragt, ob denn nach der Zusammenlegung des Innen- und des Justizministeriums ein Einsparvolumen festgestellt worden sei.

Die Synergieeffekte hätten gar nicht eintreten können, antwortet **Finanzminister Heinz Schleußer**, weil die Zusammenlegung und die Trennung ein fortlaufender Prozeß gewesen sei.